

**Informationen des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt
nach Artikel 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für die Teilnahme
am Verfahren dVideokommunikation (uc.dataport)**

Das Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt (nachfolgend „Ministerium der Finanzen“) nutzt das Verfahren dVideokommunikation, um Telefonkonferenzen, Online-Meetings und Videokonferenzen (nachfolgend insgesamt „Online-Meetings“) durchzuführen. Das Verfahren dVideokommunikation wird dem Ministerium der Finanzen über die Dataport AöR (nachfolgend „Dataport“) zur Verfügung gestellt. Die dVideokommunikation-Konferenzanwendung wird technisch in den Dataport-Rechenzentren mit Standorten in Hamburg und Norderstedt gehostet.

Mit diesen Datenschutzinformationen kommt das Ministerium der Finanzen seiner Informationspflicht gemäß Artikel 13 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) nach. Hinsichtlich der im Folgenden verwendeten Begriffe, bspw. „personenbezogene Daten“, „Verarbeitung“, „Verantwortlicher“ etc., wird auf die Definitionen in Artikel 4 der DSGVO verwiesen.

1. Verantwortlicher für die Verarbeitung

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO und weiterer Datenschutzgesetze für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist

Ministerium der Finanzen des
Landes Sachsen-Anhalt
Editharing 40
39108 Magdeburg
Tel.: 0391 567-01
Fax: 0391 567-1194/1195
E-Mail: poststelle.mf@sachsen-anhalt.de

2. Datenschutzbeauftragter des Verantwortlichen

Für Fragen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das Ministerium der Finanzen und zur Wahrnehmung Ihrer diesbezüglichen Rechte gemäß der DSGVO steht Ihnen der behördliche Datenschutzbeauftragte zur Verfügung. Dieser ist wie folgt zu erreichen:

Datenschutzbeauftragter des Ministeriums
der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt
Editharing 40
39108 Magdeburg
Tel.: 0391 567-1166
E-Mail: datenschutz-mf@sachsen-anhalt.de

3. Zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet?

Die Verarbeitung der oben genannten personenbezogenen Daten dient dazu, zur Wahrnehmung der Aufgaben des Ministeriums der Finanzen Online-Meetings einzurichten und durchzuführen.

Die Daten werden nur verarbeitet, soweit dies erforderlich ist oder Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 DSGVO).

Rechtsgrundlage für mit der Erfüllung der Aufgaben und Befugnisse des Ministeriums der Finanzen verbundenen Datenverarbeitungsvorgänge sind Art. 6 Abs. 1 c) und e)

DSGVO in Verbindung mit den jeweils bereichsspezifischen Ermächtigungsnormen sowie im Falle des Vorliegens von vertraglichen Beziehungen Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO. Sollten Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben, stützt sich die Datenverarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO.

Soweit die Verarbeitung personenbezogener Daten für die Erfüllung eines Vertrages erforderlich ist, dessen Vertragspartei Sie sind, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist, die auf Ihre Anfrage hin erfolgen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten.

Ferner werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO i. V. m. ErwGr. 49 DSGVO Systemprotokolle zur Sicherstellung der Verbindungsqualität, der Systemstabilität und der Detektion von IT-Sicherheitsrisiken erzeugt, welche Metadaten und Verkehrsdaten enthalten.

4. Welche Kategorien personenbezogener Daten werden verarbeitet und welche Kategorien von Personen sind betroffen

a) Kategorien personenbezogener Daten

- Name der Teilnehmenden
- Audiodaten (Sprachbeiträge)
- Videodaten (Kamerabild)
- Chatverlauf
- Benutzer- bzw. Anschlusskennung, (IP- und E-Mail Adresse sowie Zeitstempel)
- Verbindungsdaten

Die Konferenzanwendung dVideokommunikation fordert im Zuge der Anmeldung zu einer Konferenz zur Eingabe des Namens auf. Grundsätzlich kann auch ein Pseudonym angegeben werden. Allerdings kann dies dazu führen, dass der Initiator der Konferenz, wenn für die Konferenz ein Warteraum eingerichtet ist, den betreffenden Teilnehmer nicht zur Konferenz zulässt.

Ferner fordert die Konferenzanwendung dVideokommunikation im Zuge der Anmeldung das Einverständnis, auf das Mikrofon und auf die Kamera des Teilnehmenden zuzugreifen. Wird das Einverständnis nicht erteilt, ist die Konferenzteilnahme nur stumm bzw. ohne Übertragung des Kamerabildes möglich und es wird nur der Name des Teilnehmers angezeigt.

Die Teilnahme an einer Konferenz ist auch per Telefon möglich. Hierbei wird die Telefonnummer den anderen Teilnehmern nicht angezeigt.

b) Kategorien betroffener Personen

- Nutzer von dVideokommunikation

5. Wem gegenüber werden Ihre personenbezogenen Daten offengelegt

Technischer Betreiber des Videokonferenzsystems ist Dataport als zentraler IT-Dienstleister des Landes Sachsen-Anhalt. Der Verantwortliche hat mit dem Betreiber Dataport einen Vertrag über Auftragsverarbeitung gem. Art. 28 DSGVO abgeschlossen. Ferner nutzt der Betreiber Dataport seinerseits Dienstleister, mit denen er einen Vertrag über die Auftragsverarbeitung gem. Art. 28 Abs.2 DSGVO abgeschlossen hat als Unterauftragsverarbeiter.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Beschäftigte des Betreibers Dataport oder von dessen Unterauftragsverarbeitern im Rahmen ihrer betrieblichen Aufgaben

(Administration; Störfallbehebung) auf personenbezogene Daten Zugriff haben müssen oder Zugriff haben können. Ferner kann aufgrund gerichtlicher oder behördlicher Anordnung eine Verpflichtung zur Offenlegung personenbezogener Daten bestehen.

6. Wie lange werden personenbezogenen Daten gespeichert

Eine Aufzeichnung (Mitschnitt) der Audio- und Videodaten findet systemseitig nicht statt und kann weder vom Initiator einer Videokonferenz noch von den Teilnehmern in der Konferenzanwendung dVideokommunikation aktiviert werden.

Jedem Teilnehmer ist es technisch möglich, mit Mitteln außerhalb von dVideokommunikation Screenshots oder eine Aufzeichnung der Konferenz im Ganzen oder in Teilen herzustellen. Dies kann vom Verantwortlichen weder kontrolliert noch unterbunden werden. Der Verantwortliche weist darauf hin, dass Screenshots bzw. Aufzeichnungen ohne vorherige Einwilligung aller Teilnehmer einen Datenschutzverstoß darstellen und eine heimliche Aufzeichnung eine Straftat nach § 201 StGB darstellen kann.

Chatverläufe werden unmittelbar nach Beendigung der Konferenz gelöscht. Systemprotokolle werden bei Dataport für 7 Tage gespeichert.

7. Automatisierte Entscheidungsfindung, Profiling

Es werden keine Verfahren einer vollautomatisierten Entscheidungsfindung eingesetzt. Zudem findet auch eine Profilbildung (z. B. zum Nutzungsverhalten oder eine Leistungsüberwachung) nicht statt.

8. Datenübermittlung an Drittländer oder an internationale Organisationen und Rechtsgrundlage für die Übermittlung

Konferenzinhalte (Audio-/Videodaten, Chatverläufe) werden nicht in Drittländer übermittelt.

Nutzer von dVideokommunikation können jedoch Personen an einer Videokonferenz beteiligen, welche sich zum Zeitpunkt der Videokonferenz in einem Drittland aufhalten oder welche für eine internationale Organisation an einer Videokonferenz teilnehmen und dadurch eine entsprechende Übermittlung herbeiführen.

Zur Behebung von Störfällen kann es erforderlich werden, dass Dataport den 3rd Level Support des Softwareherstellers Cisco in Anspruch nimmt und diesem Logfiles zur Verfügung stellen muss, welche Verbindungsdaten, die Nutzererkennung (Vorname, Nachname, IP-Adresse) sowie den Zeitstempel (Zeitpunkt der Nutzung) enthalten können. Zur Bearbeitung des Störfalles setzt Cisco ggf. auch Beschäftigte ein, welche Supportleistungen aus Drittländern erbringen. Die Übermittlung der Logfiles in Drittländer erfolgt auf der Grundlage der EU-Standardvertragsklauseln.

9. Ihre Rechte als Betroffener

Sie können als Betroffener folgende Rechte nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geltend machen:

- Recht auf Auskunft gem. Art. 15 DSGVO
- Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 16, 17 und 18 DSGVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit gem. Art. 20 DSGVO
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 DSGVO

Sie können sich mit Ihren Anliegen an den Datenschutzbeauftragten (siehe 2.) oder an den Verantwortlichen (siehe 1.) wenden.

10. Ihr Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde

Sie haben das Recht zur Beschwerde bei der zuständigen Datenschutz- Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen Datenschutzbestimmungen verstößt.

Die für den Verantwortlichen zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde ist:

Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Leiterstr. 9
39104 Magdeburg
E-Mail: Poststelle@lfd.sachsen-anhalt.de

11. Gültigkeit dieser Datenschutzinformationen

Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzinformationen abzuändern, um sie gegebenenfalls an Änderungen relevanter Gesetze bzw. Vorschriften anzupassen oder Ihren Bedürfnissen besser gerecht zu werden. Bitte beachten Sie daher die aktuelle Versionsnummer der Datenschutzinformationen.